



Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 26.02.2022, Nr. 9, S. 39 / Ressort: Immobilien

Rubrik: IMMOBILIEN

Licht an für die Rendite

Die Vergütung für ins Netz eingespeisten **Solarstrom** sinkt unter ein kritisches Niveau. Trotzdem kann sich Fotovoltaik auf dem privaten Hausdach noch auszahlen

Michael Fabricius

Das Umweltbundesamt hatte Ende vergangenen Jahres schlechte Nachrichten in Sachen Energiewende. Die Experten in der zentralen Umweltbehörde der Bundesrepublik hatten nachgerechnet, ob sich eine neue Fotovoltaikanlage für Privathaushalte finanziell noch lohnt. Sie betrachteten die typische Größenordnung bis 100 Kilowatt und kamen auf ein miserables Ergebnis: "Durch die schnell sinkende Einspeisevergütung drohen Anlagen dieser Größenklasse, die ab Juni 2022 neu in Betrieb genommen werden, auch mit teilweiser Eigenversorgung unwirtschaftlich zu werden", so die Mitteilung.

Eigentlich will die Bundesregierung die Energiewende vorantreiben und die installierte **Solarenergie**-Kapazität bis 2030 verdreifachen. Das erfordert eine enorme Ausbaugeschwindigkeit und finanzielle Anreize. Doch ausgerechnet jetzt rutscht die Vergütung für den ins Netz eingespeisten **Solarstrom** unter die Wirtschaftlichkeitsschwelle. Ende 2021 war der Betrag noch zweistellig. Aktuell sind es noch 6,7 Cent pro Kilowattstunde, und im Sommer dürfte man für eine neu installierte Anlage nur noch fünf Cent erhalten.

Das klassische Fotovoltaik-Renditemodell, das in früheren Jahren wegen der üppigen Einspeisevergütung gut funktionierte, ist damit hinfällig. Für bestehende Anlagen gilt zwar Bestandsschutz, und die Nutzer erhalten die zum Anschlusszeitpunkt mit dem Versorger vereinbarte Zahlung. Wer aber erst jetzt über den Kauf von **Solarmodulen** nachdenkt, muss anders rechnen. Denn inzwischen ist nicht mehr die Vergütung, sondern der Netzstrompreis die entscheidende Größe. Es kommt nicht mehr darauf an, möglichst viel Strom zu verkaufen. Sondern möglichst viel zu speichern - und selbst zu verbrauchen.

Bisher waren stets drei Faktoren entscheidend dafür, ob und wie sich eine Fotovoltaikanlage rechnet: Die Installationskosten, der Strompreis und die Einspeisevergütung. Mit diesen drei Rechengrößen war es ein Kinderspiel, die Rentabilität der Paneele auf dem eigenen Dach zu ermitteln. Manche Betreiber von Solaranlagen machten mit Vergütungssätzen von 30 Cent und mehr schon nach wenigen Jahren satte Gewinne. Gezahlt wurden diese hohen Vergütungssätze von anderen Stromkunden, über die Erneuerbare-Energien (EEG)-Umlage. Als die Umlagezahlungen zu hoch wurden und der Strompreis immer weiter kletterte, entschied die Politik, die Umlage abzuschaffen. Noch im Laufe dieses Jahres soll es so weit sein.

Doch der Strompreis steigt trotzdem weiter. Deshalb kommt ein vierter Faktor hinzu: Kosten und Umfang eines Stromspeichers. Jede Kilowattstunde, die man nicht aus dem Netz bezieht, sondern entweder direkt vom Dach oder aus einer Batterie im Keller, ist inzwischen fast 40 Cent wert - also bald acht Mal so viel, wie man mit der Einspeisung verdient. "Neuere Fotovoltaikanlagen lohnen sich nur, wenn man möglichst viel **Solarstrom** selbst verbraucht", sagt Jörg Sahr, Strom-Experte bei der Stiftung Warentest. Und das klappt am besten, wenn der überschüssige Strom tagsüber in eine Batterie fließt.

Selbst mit einem großen Speicher kommt man aber irgendwann an eine Grenze. Spätestens Ende Oktober ist bei den meisten Anlagen Schluss, und die Sonneneinstrahlung reicht nicht mehr aus, um den direkten Verbrauch zu decken und zusätzlich einen Batteriespeicher zu laden. Ohne Einspeisevergütung werde es schwierig, sagt auch Experte Sahr: "Sinkt sie zu stark, werden vor allem Anlagen mit geringem Eigenverbrauch unrentabel."

Soll man sich nun beeilen und schnell noch ein paar Paneele aufs Dach schrauben, bevor es fast gar keine Vergütung mehr gibt? Diese Frage entwickelt sich aktuell zu einem Geduldsspiel. Denn die Bundesregierung hat angekündigt, die gesamte Solarförderung neu aufzustellen. Spätestens bis Anfang nächsten Jahres könnte es also neue Programme und neues Geld vom Staat geben.

Außerdem könnte das Material selbst noch ein wenig günstiger werden, sagt Moritz Hau, Gründer und Geschäftsführer des Solaranbieters Eigensonne. Lieferkettenprobleme hätten die Panel-Preise zuletzt ein wenig getrieben. "Zu erwarten ist aber, dass aufgrund von Weiterentwicklung und sinkenden Herstellungskosten die Preise für Module langfristig günstiger werden", sagt Hau. Ein wenig warten könnte sich also lohnen.

Die Redaktion von "Finanztest" hat die pessimistische Rechnung des Umweltbundesamts zum Anlass genommen, um die Sonnenstromrendite für verschiedene Fälle zu ermitteln. Ziemlich gut schnitten Modelle ab, bei denen ein Batteriespeicher mit fünf Kilowattstunden (kWh) zum Einsatz kam und Module mit acht Kilowattpeak (kWp) Leistung, in einem Beispielfall zu kompletten Anschaffungskosten von 16.000 Euro. Eine Musterfamilie erziele damit nach 20 Jahren immerhin einen Überschuss von 6200 Euro. Und das, obwohl in dem "Finanztest"-Beispiel der Eigenverbrauchsanteil nur bei sehr konservativ geschätzten 40 Prozent liegt und zwischendurch die Batterie sogar einmal erneuert wird. Nicht einmal eine staatliche Förderung wurde angerechnet.

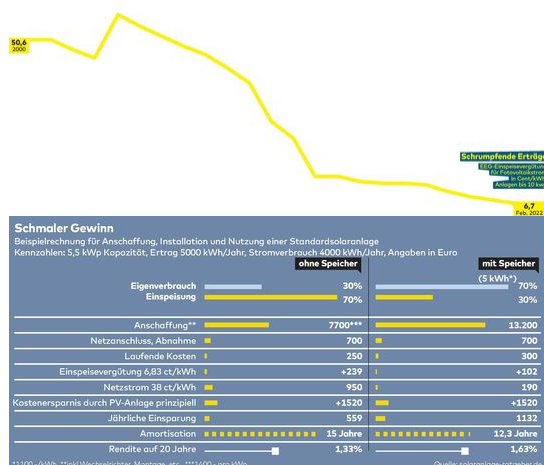
Wie viel selbst produzierten Strom man verbraucht, hängt allerdings nicht nur von der Batteriegröße ab. Sondern auch vom Timing. Wer etwa in den Sommermonaten die Waschmaschine so einstellt, dass sie genau dann startet, wenn die Sonne günstig steht, dessen Verbrauchsanteil geht nach oben. Immerhin 15 bis 20 Prozent des gesamten Stromverbrauchs eines typischen Haushalts gehen auf das Konto von Waschmaschine, Spülmaschine und Trockner. Steigert man den Verbrauchsanteil am produzierten Strom durch schlaues Einschalten nur um zehn Prozentpunkte von 40 auf 50 Prozent, klettert die **Solar**-Rendite im "Finanztest"-Beispiel von 3,14 auf stattliche 5,23 Prozent in 20 Jahren.

Wer individuell seine Chancen ermitteln will, addiert zunächst den eigenen Strombedarf. Eine Faustformel geht hier von 1000 kWh pro Person und Jahr aus. Bei vier Personen also 4000 kWh, und für ein wenig Puffer, etwa für E-Auto und Homeoffice, plant man 5500 kWh Verbrauch ein, also 5,5 kWp Anlagenleistung. Der Preis liegt zurzeit bei etwa 1400 Euro pro kWp. Hinzu kommen Kosten für die Batterie, etwa 1100 Euro pro kWh Speicherplatz. Die beispielhafte Rechnung in der hier gezeigten Tabelle macht deutlich, dass der größte Hebel bei der Netzstrom-Ersparnis liegt und unter dem Strich den Ausschlag gibt für eine fast drei Jahre kürzere Amortisationszeit und eine 0,3 Prozentpunkte höhere Rendite.

Auch in dieser Rechnung des Portals solaranlage-ratgeber.de fehlen einige Feinheiten. So ist zum Beispiel nicht berücksichtigt, dass die Anlagen- und Batterieleistung im Laufe der Jahre zurückgeht. Auch Förderprogramme sind nicht enthalten. Der Berliner Senat schießt beispielsweise 300 Euro pro Kilowattstunde Batteriespeicher hinzu, doch Vorsicht: Wer die Förderung in Anspruch nimmt, akzeptiert damit einen Einspeise-Deckel von 50 Prozent der installierten Leistung. Der Staat will keine Überproduktion fördern. Auch ohne Batterie gibt es übrigens eine die Rendite begrenzende Wirkleistungsbegrenzung von 70 Prozent der Anlagenleistung.

Doch hier könnte sich in den nächsten Monaten einiges ändern. Denn ohne weiteres Fördergeld rücken die Klimaziele der Ampel-Koalition in weite Ferne.

Michael Fabricius



Quelle: Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 26.02.2022, Nr. 9, S. 39

Ressort: Immobilien

Rubrik: IMMOBILIEN

Dokumentnummer: 197948535

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_213e57630f5bd63202f999a54d94fac20e944413

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH